

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 5000 M., wöchentlich 1300, durch Boten bezogen 5200, bei Postbezug 4500 M. (ohne Postgebühr). Erscheint wöchentlich nachmittags, Einzelnummer 250 M., Sonnabends 300 M. Alle Briefe freibleibend. Postfachkonto: Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Salferstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird f. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Bath)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 131

Donnerstag, den 7. Juni 1923.

163. Jahrgang.

Die Brüsseler Konferenz.

Keine Prüfung deutscher Vorschläge.

Paris, 7. Juni. Nach der gestrigen Ministertagung in Brüssel wurde folgendes amtliche Communiqué ausgeben:

Die französische und belgische Regierung haben heute zusammen die Prüfung der verschiedenen an die Konferenz gelangten Vorschläge vorgenommen. Sie sind übereingekommen, ihre früheren Entschlüsse in vollem Umfang aufrechtzuerhalten, besonders die Entschlüsse, wonach die Klärung des Ruhrgebietes nur nach Maßgabe der Zahlung der Reparationen stattfinden soll. Sie soll so lange, bis Deutschland seine bestehenden Verpflichtungen erfüllt hat und den passiven Widerstand aufgibt, aufrechterhalten werden und es soll bereit in keine Prüfung seiner Vorschläge eingeleitet werden. Die beiden Regierungen haben sich gleichzeitig über ein Programm der Ergreifung von Maßnahmen verständigt, durch die der Druck auf Deutschland verstärkt und Deutschland zur Ausföhrung seiner Verpflichtungen gezwungen werden soll.

Der „Temps“ veröffentlichte gestern Abend den angeführten

französischen Wiederherstellungsplan

und betont dabei u. a. folgende Forderungen: Wenn der passive Widerstand im Ruhrgebiet von der Reichsregierung ermutigt, angeordnet und unterstützt werde, würde ein deutsches Angebot nicht in Erwägung gezogen werden. Das Ruhrgebiet werde man nach der Summe der deutschen Zahlungen räumen. Falls Amerika und England von Frankreich keine Kriegsschulden verlangen, begnüge sich Frankreich mit einer deutschen Wiederherstellungssumme von 26 Milliarden Goldmark. In dem Falle, daß England und Amerika von Frankreich ihre Kriegsschulden verlangen, müßte Deutschland hierzu aufkommen. Ein Schiedsgericht über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands entscheiden zu lassen, sei überflüssig, denn Frankreich ginge von seinen Forderungen nicht ab. Im besetzten Gebiet werde Frankreich im Einvernehmen mit seinen Verbündeten die Einnahmemeinzelnen ausüben, die für die Wiederherstellungen herangezogen werden könnten. Man wolle alle Maßnahmen, die getroffen würden, ohne politischen Hintergrund betreiben, womit gesagt sein soll, daß man keine Anstrengungen zu bewilligen. Wegen einer gemeinsamen Beratung mit den Verbündeten habe Frankreich nichts einzuwenden; die Verbündeten müßten aber Frankreichs Forderungen anerkennen. Die französische und die englische Regierung sollten erklären, daß sie die politischen Verträge, soweit diese die Grenzen Deutschlands feststellen, als unänderlich fest betrachten. Außerdem solle man Vereinbarungen treffen, um bei der Beendigung ihrer militärischen Verbindungen sowie beim Schluß ihrer Gebiete einander zu helfen. Die Generalpläne der beiden Länder könnten von Zeit zu Zeit ausgetauscht werden.

Am 2. Juni 1923 wird mitgeteilt, daß Bouteaux heute mittag wieder in Paris eintreffen wird.

Englands Interesse an schneller Lösung.

Scharfe Beurteilung des Ruhrabenteuers.

London, 6. Juni. Die „Times“ stellen in einem „Baldwins Geleitwort“ überführten Leitartikel als das Grundproblem der europäischen Krise die endgültige Regelung der deutschen Zahlungen fest. Wenn diese erfolgt sei, so würden auch die anderen Regierungen leichter werden.

Das Reparationsproblem müsse mit der französischen Sicherheit nicht verknüpft werden. Denn es ist kein wirtschaftliches Problem, sondern ein politisches. Jede Verzögerung der Lösung vermehre die Schwierigkeiten der Lage, die durch die französische Besetzung des Ruhrgebietes unendlich vergrößert worden ist. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei durch die Inflation beträchtlich vermindert worden, und der Weizsäcker-Plan sei im deutschen Volk größer und bitterer geworden. An der Ruhr sei eine deutsche Besatzung notwendig, und täglich würden die Einkünfte der deutschen Steuerzahler, die Ausweisung ganzer Familien, Entschädigung und Anwesen zahlreicher und ernster. Die industrielle Erholung Englands sei zum Stillstand gekommen, und der britische Handel sei im höchsten Grade bedroht.

Der vollständige finanzielle Zusammenbruch Deutschlands führe für niemanden von Vorteil. Die Folge der französischen Politik, wenn diese nicht sofort und praktisch abgeändert werde.

Keine Wiederherstellungspläne in London.

London, 7. Juni. Im Oberhaus sollte gestern Abend die Wiederherstellungsfrage zur Erörterung bringen. Die Besprechung wurde jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Debatte in der Lord Chamberlains eine längere, mit großer Spannung erwartete Erklärung abgeben sollte, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach wegen der Verhandlungen in Brüssel und der erwarteten deutschen Note vertagt worden sein. Im Unterhaus erklärte Baldwin, er wäre der Meinung, daß ein Ausbruch über die Wiederherstellungsfrage im gegenwärtigen Augenblick unbedeutend sein würde.

Die englische Arbeiterpartei zum Ruhrkampf.

London, 7. Juni. Ben Pillel, einer der ältesten Führer der englischen Arbeiterbewegung, wollte gestern 14 Tage im Ruhrgebiet und im Rheinlande, um im Auftrag der großen englischen Transportarbeiterorganisation die durch den Einbruch der Franzosen geschaffene Lage an Ort und Stelle zu studieren. Sein Bericht dürfte, wie berichtet wird, für die Entscheidung der englischen Arbeiterpartei von großer Bedeutung sein. Die Einkünfte, die er im Ruhrgebiet gemacht, veranlaßte die Tages-Abendung des französischen Abenteuers. Pillel gab es in der englischen Arbeiterpartei, so erklärte er, sei nicht die Meinungsbekundung. Ben Pillel bekannte sich als Gegner jeder Art Zwangsmaßnahme über einer demokratischen Republik. Auch überzeugte er sich davon, daß eine internationale Genemerkung über Völkerbundkontrolle das Recht der rheinischen Bevölkerung aufs schwerste

Eure Brüder an Ruhr und Rhein

Setzen Leben und Freiheit auch für Euch ein.
Wollt ihr ihnen nicht helfen durch Euren Beitrag zum Deutschen Volksopfer?

beeinträchtigen würde. Mit besonderer Empörung sprach Ben Pillel von der brutalen Ausbeutungskassette. Die englischen Transportarbeiter würden auf Grund seines Berichtes in eine Prüfung darüber einreten, auf welche Art sie ihre vorzüglich ausgebauten Organisations dazu verwenden könnten, um den französischen Imperialismus in seinem Kampfe gegen das deutsche Volk in den Arm zu fallen. Entscheidungen darüber seien vielleicht schon in nächster Zukunft zu erwarten.

Arbeitszwang unter dem Druck der Bajonette.

Gelsenkirchen, 6. Juni. Die „Graf Bismarck“ scheint nicht zur Ruhe kommen zu wollen. Mindestens 5 Mal war die Besatzung der „Graf Bismarck“ durch französische Eingriffe in den Betrieb in einen Mehrschichtbetrieb eingetreten. Gestern erhielten wieder einige Belgier, die im Hafen Bismarck mit der Instandsetzung der Kohlenverladungsmaschinen beschäftigt sind, mit einigen Genossen in der Schlofferlei der „Graf Bismarck“ den nötigen militärischen Schutz und verlangten die Herrschaft über die Schlofferlei. Die Schlofferlei weigerten sich, die Arbeit zu verrichten, wozu jedoch unter Verhinderung von aufgestellten Zeitengewehren zu der Arbeit gezwungen. Während dieser Arbeit erhielt ein Mitglied des Betriebsrats auf seine erhaltene Frage, was vorgehe, wurde er gefragt, ob er auch etwas zu sagen habe. Er wurde dann bedroht und erklärte das Vorgehen als einen Eingriff in den Betrieb. Aus diesem Anlaß trat heute morgen die Besatzung auf ihre in einem Abwehrstreik ein, dessen Ende noch nicht festgelegt ist.

Zwanzig Milliarden Kohlensteuer.

Dresden, 7. Juni. Am Sonntag bezog eine Abteilung von 150 Mann französischer Truppen, die von Dies an der Ruhr kamen, die Kruppwerke „Germannushütte“ bei Neudorf sowie die Stahlhütte in Mühlhausen bei Engers.

Anzeigenpreis Der halbpaltene Millimeter Satzraum 130 M. und der halbpaltene Millimeter Restamericaum 600 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 300 M. in Zahlung genommen. Abfertigung 400 M. Porto besonders. Alle Briefe freibleibend. Anzeigenpreis vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sondertarif. Fernsprecher Nr. 100.

Fortführung der Markflüchtigungsaktion?

Die Untersuchungen des Reichstagsausschusses über die Schuld an dem Marksturz der letzten Wochen haben wohl einige äußere Erscheinungen aufgedeckt, die eigentlichen Ursachen für den Markverfall jedoch nicht in der erforderlichen Klarheit hervorgehoben. Da diese für die Beurteilung der künftigen Ausrichtung der Mark wesentlich sind, sei auf sie im folgenden hingewiesen, wobei jedoch außen- und innenpolitische Ermägungen wegen der Unsicherheit ihrer Beurteilung ausgeklammert bleiben sollen.

Wesentlich ist zunächst, daß die Markflucht nach Deußen solange stärker sein muß als das Angebot, wie die Einfuhr die Ausfuhr übersteigt. Der Marksturz kann nicht gehalten werden, wenn die Einfuhr mehr Devisen verzehrt, als die Ausfuhr herbeibringt, zumal nicht in den Zeiten wie den jetzigen, in denen die französische Inflation besonders starken Bedarf an Kohlen, Eisen, Getreide usw. notwendig macht. Der daraus sich ergebende Devisenbedarf läßt sich wohl für einige Zeit künstlich zurückdrängen, ein Vorgang aus dem der Grund einer Markflüchtigungsaktion entsteht: die Markflucht muß jedoch dann stärker als je in Erwägung treten, wenn sich herausstellt, daß die Einfuhrgrüter bezahlt werden müssen mit dauernder Überbezugung von deutschen Zahlungsmitteln an das Ausland, ein Prozeß, der eine innere Marktenwertung erzeugt und damit die Vorbereitung für ein Fortschreiten der außer ein Entwertung schafft. Mit diesem Grund für das Währungs- der Markflüchtigungsaktion ist verbunden ein anderer, nämlich der, daß die Verfestigung der Markflüchtigungsaktion sich nicht einleiten auf eine innere Stärkung der Mark, die z. B. in gesteigerter Produktion sich dargestellt hätte. Anstatt ein großzügiges Produktionsprogramm in Angriff zu nehmen, führte man einen Notendruck größten Umfangs durch, ohne zum Ausgleich mehr Werte zu erzeugen. Daraus entstand die heute verbrauchswirtschaft wie in der Kriegszeit, die gerade wie damals zu einer fortschreitenden Verarmung und Kapitalnot und damit auch zur Marktenwertung führen mußte.

Währungsstabilisierungen können sich nur durchführen, wenn sie der Wirtschaft einer gesteigerten internationalen Kraft eines Landes sind; künstliche Ausbezahlungen können nur vorübergehender Dauer sein; sie sind nicht anders als Verschleppungen in inländischen Devisenbesitz, haften aber niemals den allein ausschlaggebenden neuen Zuwachs an Devisen. Diese wirtschaftliche Annehmlichkeit wurde im Ausland, das in mehrgleichen streifen über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse viel besser orientiert ist als es im allgemeinen wahr haben will, viel eher erkannt als im Inland, ein Umstand den wegen den von Frankreich ausgehenden Angriffen auf die Mark in erster Linie die Markflüchtigungsaktion auslösten, die bekanntlich im Ausland ihren Anfang genommen hat. Verschlimmert wurden diese Verhältnisse noch durch das Schwimmen des Glaubens an die Mark, das eintritt, als offensichtlich wurde, daß die Reichsbank ihre feierliche Erklärung, die Aktion der Markflüchtigungsaktion fortsetzen zu können, nicht erfüllen konnte, zumal sie solange an Devisenverlusten scheitert, die der fortgesetzten inneren Marktenwertung nicht mehr entgegen. Der legale Devisenbedarf, der auf Einlösung des Reichsbankens der Reichsbank bezugte, wurde schwer geschädigt während die Markflüchtigungsaktion. Daß nach einer solchen Lage das Vertrauen auf ähnliche Erklärungen nicht mehr stark sein kann, dürfte klar sein. Die Devisenverordnung konnte diese Einflüsse gegenüber nicht viel ausrichten, sie hat vielmehr indirekt sogar zu einer weiteren Verschlechterung der Mark beigetragen, da sie weitere Streife zum Ankauf von Dollarscheinen bewilligen veranlaßte, die dadurch über die Dollarpärität getrieben wurden und somit der Markflüchtigungsaktion neue Wege bahnten.

Das banknotentechnische Experiment der Markflüchtigungsaktion mußte misslingen, weil keine wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlten. Sie wird auch immer wieder misslingen, solange sich die allgemeine Lage nicht grundlegend ändert. Auch die Wahl einer anderen Methode wird keinen Erfolg haben, da auch auf diese Weise nicht die Verfestigung eines für den legalen Bedarf ausreichenden Devisenbestandes erfolgt wird. Der Fehler ist, daß Fragen wirtschaftlicher Art bei uns immer hinter denjenigen finanzieller Art zurückgedrängt werden.

Gleichzeitig traf von Koblenz ein französischer General ein, der erklärte, die Hütte sei zwecks Entleerung von zwanzig Milliarden Mark Kohlensteuer befreit worden, die die Firma Krupp in Essen nicht gezahlt habe. Sollte die Bezahlung nicht erfolgen, so würden die Hütten verpfändet werden.

Beilage zu Nr. 131 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 7. Juni 1923

Aus dem Ruhrgebiet.

Abflauen der kommunistischen Unruhen. — Veränderte Haltung der Franzosen. — Die neuen Schiedsprüche. — Die 95 Milliarden-Beschlagnahme des Chef der Reichsbankstelle. — Zur Erschießung Schlageters.

Essen, 4. Juni.

Die Unruhen, von denen in den letzten Tagen zahlreiche Städte des Ruhrgebietes heimgesucht wurden, scheinen dem Erlöschen nahe. Daran sind allerdings weniger die neuen Lohnzulagen schuld, als vielmehr der gesunde Sinn der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft und vor allem das verstärkte Eingreifen der kommunalen Polizei in Verbindung mit Feuerwehren und dem von den Gewerkschaften gebildeten Selbstschutz. Gestern und vorgestern ist es zwar noch in einzelnen Städten, beispielsweise in Gelsenkirchen und Bochum, zu heftigen kommunistischen Ausschreitungen gekommen, bei denen wieder Blut geflossen ist, aber heute lauten die Nachrichten aus den meisten Städten beruhigend. Mit den Kommunisten, die sich noch in Bochum und Gelsenkirchen befinden, wird in diesen Tagen energisch aufgeräumt werden.

Es verdient dabei bemerkt zu werden, daß sich das Verhalten der Besatzungsbehörden den kommunistischen Unruhestiftungen gegenüber in den letzten Tagen jedoch geändert hat. Konnte man im Anfang der Bewegung nicht nur von Wohlwollen und Duldsamkeit sprechen, sondern auch in verschiedenen Orten beobachten, wie neben und vor dem Zug der Demonstranten französische Soldaten marschierten, und wurde dann später von General Dewignes die Entsendung von Schutzpolizei in das gefährdete Gebiet angeordnet und die Verhängung der kommunalen Polizei von einem Ort zum anderen an unumgängliche Bedingungen geknüpft, so sind jetzt die französischen Besatzungsbehörden dem allzuwüsten Treiben der kommunistischen Terroristen an verschiedenen Stellen doch entgegengetreten. So hat beispielsweise General Vaingnot dem Oberbürgermeister von Gelsenkirchen gegenüber erklärt, daß es zwar nicht Aufgabe der französischen Armee sei, in Deutschland Polizei zu spielen, da sie andere Aufgaben habe, daß sie aber doch nicht Unruhen, Minderungen usw. zulassen werde. Aus diesem Grunde würden die französischen Soldaten bei anhaltenden Unruhen diese zu vermeiden wissen. Diese Mitteilung des Generals hat schon am Samstag und Sonntag praktische Ergebnisse gehabt. Ein französisches Infanterieregiment hat bei den schweren Kämpfen in Wanne am Samstag Abend eingegriffen und die nach vielen zehntausenden Menschen zählende Menge der Demonstranten in kurzer Zeit von der Straße vertrieben. In Wattenfeld hat der Erstkommandant erklärt, daß, wenn von der Menge Minderungen in den Gefächern vorgenommen würden, auch die Sicherheit der französischen Truppen bedroht sei, da diese

zum Teil auch ihre Einkünfte in den bürgerlichen Geschäften machten. Aus diesem Grunde würde es nicht ratsam sein, wenn die Auftritte Minderungen veranstalteten.

Diese Anführungen haben die stampfeslust der kommunistischen Heidenjünglinge ganz wesentlich herabgemindert: wie es denn überhaupt immer wieder zu beobachten ist, daß diese Maulhelden sofort ausweichen, wenn ihnen nur annähernd gleichwertig bewaffnete Gegner gegenübertreten. Aber da, wo sie, selbst im Besitz von allen möglichen Waffen und Schlaginstrumenten, unbewaffnete und wehrlose Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen wegtreiben können, da fühlen sie sich als die Herren. So wurden noch am Montag die arbeitswilligen Belegschaften auf verschiedenen Zechen in Gelsenkirchen mit Gewalt aus den Gruben herausgeholt und dann in demselben Zustand, wie sie aus der Grube kamen, im geschloffenen Zuge durch die Stadt geführt. Aber glücklicherweise haben die Dinge sich ja inzwischen so entwickelt, daß derartigen Ereignissen ein Niegel vorgeschoben werden wird. Wie weit zu der aus den meisten Städten gemeldeten Wiederaufnahme der Arbeit die neuen Schiedsprüche beigetragen haben, läßt sich nicht genau feststellen. Immerhin aber kann man sagen, daß eine reine Freude darüber nicht aufgenommen ist. Vor allen Dingen wird beklagt, daß die neuen Löhne der Bergarbeiter erst vom 1. Juni an in Kraft getreten sind, während bis jetzt nur Vorkasse gezahlt wurden. Fest steht auch, daß auf Grund des Schiedspruches für die Bergarbeiter im unbesetzten Gebiet des Hammer Bezirkes die Belegschaften zweier Zechen in den Ausstand getreten sind.

In Essen ist es verhältnismäßig ruhig geblieben. Welt mehr, als durch den Versuch der Kommunisten, die Preise auf den Wochenmärkten gestiegen herabzudrücken, ist die Bevölkerung in Aufregung versetzt worden durch die Beschlagnahme von 95 Milliarden Papiermark bei der Reichsbank. Allgemein fragt man sich, wie es nur möglich ist, daß den Franzosen derartig gewaltige Summen auf einen Schlag in die Hände fallen konnten! Von Seiten der Reichsbank wird zwar in der Presse verjast, in einer längeren Darstellung jede Schuld von der Leitung abzuwälzen, da es sich nur um Gelder für eine Wohnzulage in Höhe von etwa 50 Milliarden und um einen Rest kleinerer Geldscheine gehandelt habe, und da man gegenüber derartigen überraschenden Eingriffen der Franzosen niemals gefaßt sei. Aber diese Erklärung will uns denn doch nicht stichhaltig erscheinen, zumal bestimmt versichert wird, daß die Reichsbank wiederholt von deutscher Seite gewarnt worden sei. Wenn man bedenkt, daß die Franzosen ja schon von Anbeginn der Besetzung an ein besonderes Interesse für die Bestände der Reichsbank haben, und daß weiter hier in Essen die Franzosen vor dem Reichsbank gegenüberliegenden beschlagnahmen Hotel Kaiserhof

alle Vorgänge vor dem Gebäude der Reichsbank beobachten können, so sollte man es doch merklich als das Zurückfliegende ansehen, daß derartige gewaltige Summen, die auch bei unserer heutigen Geldentwertung wirklich kein Pappentitel sind, auf verschiedene unauffällige Stellen verteilt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der heilige Bürokratie einmal von den ausgetretenen Bahnen abweichen müßte. Aber wie dem auch sei, die 95 Milliarden sind fort, und sie werden auch nicht wieder zurückgegeben. Der Weg, den die Herren der Stadtverwaltung und der Gewerkschaften nach Düsseldorf zum General Degoutte gemacht haben, war vergeblich. Wie sich nun die Dinge bei der nächsten Wohnzulage gestalten sollen, bleibt abzuwarten.

Über all diesen sich einander überlagernden Geschehnissen hat die fürchterliche Bluttat der Franzosen an dem Kaufmann Schlageter leider nicht die Beachtung gefunden, die der Grausamkeit dieser neuesten und schlimmsten Schandtat entspräche. Auf den Fall selbst eingegangen, erübrigt sich natürlich an dieser Stelle, da die Tat selbst wie ein weithin leuchtendes Signal französischer Willkür und französischer Brutalität in alle Welt hinausleuchtet. Aber festgestellt muß doch werden, daß das öffentliche Leben und der Vergnügungsdrang diesem traurigen Ereignis leider absolut nicht Rechnung getragen haben. Selbst in Düsseldorf, dem Ort des blutigen Vergehens hat die Bevölkerung kaum Notiz genommen von der Erschießung und die Vergnügungstätten waren überfüllt, wie nur je! Man hat nur nichts davon gehört, ob die Reichsregierung einen Kranz am Sarge des Gemordeten hat niederlegen lassen. (Es war ja auch kein Arbeiter, der das Opfer jählicher Willkür wurde). Wie verlannt, beschäftigt die Mutter Schlageters, ihren Sohn in Düsseldorf ausgraben und nach Berlin zur letzten Ruhe überführen zu lassen.

Verklätzte Hilfe.

Der Landwirtschaftsminister hat in einem Aufsatze an den Großgrundbesitz zur wertvollen Beilegung bei der Unterbringung aus Polen vertriebener Flüchtlinge aufgefordert, den wir im Auszug wiedergeben.

Die auf die Ausrottung alles Deutschtums gerichtete Politik des polnischen Staates hat das große deutsche Kolonisationswerk in den abgetretenen Provinzen Polen und Westpreußen erschlagen. Tausende von deutschen Flüchtlingen sind unter Nichtachtung aller Verträge von der Scholle gejagt worden, haben von ihrem Hab und Gut nur das Nötigste mitnehmen können und füllen die Heimkehrerlager in Deutschland. Unmensliches haben sie drüben erdulden müssen und untagbar traurig ist ihr jetziges Los, wo sie zusammengepfercht in Holzbaracken seit Monaten und Jahren schmachvoll darauf warten, daß ihnen die Möglichkeit gegeben werde, sich wieder ansässig zu machen. Die Hilfe und Rettung, die das deutsche Vaterland ihnen bietet,

ist aber höchst unzureichend. Zwar ist das Reich großzügig in der Zubilligung der Entschädigung für die Verdrängungsschäden. Da diese aber in der Hauptfrage erst dann ausgezahlt wird, wenn das Geld zum Ankauf einer neuen Wirtschaft verwendet werden kann, hängt die Rettung von der Möglichkeit der Wiederanfassung an. Der offizielle Apparat, mit dem in Preußen die Wiederanfassung durchgeführt werden soll, sind die gemeinnützigen provinzialen Siedlungsgesellschaften, neben diesen kleinere Siedlungsgesellschaften und Gesellschaften, die mit den Kaufmännern arbeiten. Diese Siedlungsgesellschaften sind sämtlich darauf angewiesen, das Land für die Wiederanfassung durch Inanspruchnahme der Landwirtschaftsverbände im Wege der Enteignung zu erwerben. In der Erkenntnis, daß es sich bei den vertriebenen Ansiedlern um ein besseres deutsches Material handelt, und um landwirtschaftlich höchst wertvolle Kräfte handelt, die vor dem Untergang zu retten und dem landwirtschaftlichen Berufs zu erhalten, sowohl eine vaterländische als auch eine volkswirtschaftliche und soziale Pflicht ist, hat der Reichslandbund jüngsthin angeregt, daß der Großgrundbesitz verstaatlicht bei der Wiederanfassung mitwirken möge. Wenn dieser Gedanke in die Tat umgesetzt werden könnte und die deutsche Landwirtschaft selbst freiwillig die Anfassung in die Hand nähme, so würde es möglich sein, den entzogenen Berufsleuten und deutschen Bürgern schnell zu helfen und eine viel größere Zahl aus der Laal der Untätigkeit in den Heimatlagen zu befreien, als es auf den sonst offenkundigen Wegen zu erreichen ist. Werkstätige Hilfe an den Volls- und Berufsleuten steht voraus, daß man für ihre Hilfe Verständnis und Mitleid hat und daß man den festen Willen im Herzen trägt, nach besten Kräften, ohne persönlichen Vorteil und unter Hingabe und Leistung dessen, was man einmal hingeben und geleistet werden muß, die vorgelegte Aufgabe zu erfüllen, den Vertriebenen zu neuem Guts und Hof zu verhelfen. Für eine neue Anlieferstelle sind 40-60 Morgen Acker und 4-6 Morgen Wiese je nach der Beschaffenheit des Bodens - erforderlich. Der Besitzer eines Gutes von etwa 800-1000 Morgen müßte es übernehmen, eine solche Stelle anzulegen, größere Güter für je 100 ha eine weitere Stelle. Das Land würde nicht gegen Verzahlung sondern gegen Hypothek zu verkaufen sein, weil nur auf diesem Wege der Geldentwertung begegnet wird. Um Bedarfsfälle nach Abführung der Koggenrentenbank möglich sein. Für den Erwerb eignet sich am besten Land, das an eine Dorfgemeinde liegt, wo die Schulverbindungen geregelt sind, wo er Anschlag an bäuerliche Betriebe findet und wobei die Eingemeindung stattfinden kann. Zur Deckung der Kosten von Ansetzungen stellt das Reich Mittel zur Verfügung. Wenn die Familie des Ansetzlers zunächst zur Arbeit auf dem Gute verpflichtet wird, verdient sie ihren Lebensunterhalt. Der Reichslandbund macht zu einer Hauptbedingung für seine Hilfe, daß dem Gutsbesitzer alle bürokratischen Unannehmlichkeiten, Schreibereien und Verpflichtungen erspart werden müssen. Wenn der Helfer sich der Hilfe der Amtsdirektoren bedient, wird ihm davon das meiste abgenommen. Amovieren der heilige Bürokratie sich doch noch einmischt, kann niemand voraussehen. Die Erwerbenden sind aber dann keinesfalls so groß, daß sie der guten Sache schaden könnten, wenn wirklich die Pflicht besteht zu helfen.

Außer dem Bewußtsein, eine gute Tat freiwillig vollbracht zu haben, eine Tat, die in dieser Art ja nur der Eigentümer des Grund und Bodens tun kann, trägt der

Gutsbesitzer nun noch den Vorteil davon, daß die abgegebenen Flächen dem Landwirtschaftsverbände auf sein Pflanzungsgebiet angedreht werden und daß ein Gut, das sich vorbildlich in dieser Weise betätigt, von der Inanspruchnahme im Wege der Enteignung geschützt wird. Wer macht den Anfang?

Politische Rundschau

Die Neuregelung der Beamtengrundbesitzer durch den Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung einen Gesetzentwurf über ein Zusatzabkommen zum deutsch-schweizerische Goldhypothenen in Deutschland an. Angenommen wurden die Vorlagen betreffend die 9. Ergänzung des Besoldungsgesetzes. Danach werden die Grundbesitzer der Beamten demart neu geregelt, daß in die Feuerungszulage bis jetzt 1700 Prozent eingebaut werden. Die Grundbesitzer werden höher bemessen und schließlich wird die Spannung zwischen den einzelnen Gruppen ausnahmslos gezogen. Bei Einbeziehung der Feuerungszulage wurde eine Inflationsrate mit 18 bzw. mit 30 vorgenommen. Die Feuerungszulage wurde auf 320000 Mark erhöht. Die Zulage für Verbeiratete wird auch auf kinderlose Witwen ausgedehnt. Sie soll außerdem auch schuldbes. Geschiedenen gewährt werden. Angenommen wurde dazu noch ein Antrag Büttnerbergs, daß die vier unteren Gruppen höher zusammengezogen und die Spannung zwischen ihnen geringer wird.

Deutscher Bauernrat.

Braunschweig, 6. Juni. Der diesjährige Deutsche Bauernrat hat aus allen Gauen des Reiches reichen Zuspruch gefunden. Statt vertreten sind die Grenz- und besetzten Gebiete. Deutsche Bauern von Rhein und Ruhr, aus Bayern, der Pfalz, dem Wette von Westpreußen, aus Schleswig-Holstein und den an Dänemark abgetretenen Teilen haben Heise- und Pflanzwierigkeiten nicht geseht, um nicht nur an den Beratungen des Tages teilzunehmen, sondern vor allen Dingen den Beweis zu erbringen, daß Süd und Nord, Ost und West einig und geschlossen dastehen. Der gefrige Begrüßungsabend brachte u. a. die Ansprachen der Redner aus den besetzten und entziffenen Gebieten. Wartige Worte zeigten von der Liebe zur deutschen Heimat und wie ein vater haben sich durch die Ausführungen die Hoffnung auf eine höhere engsichtige Wiedervereinigung der entziffenen Gebiete mit dem Mutterlande. Wiederholt unterbrach für-mischer Beifall die Redner. - Heute Vormittag fand der Landfrauentag statt.

Sozialdemokratische Protektorenversammlung in Berlin.

Berlin, 6. Juni. Gestern Abend fanden in zahlreichen lokalen Großberliner Versammlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, um gegen den „Erdbeben der 3. und 4. Rate“ Protest zu erheben. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlungen protestieren gegen die rätschlose „Interessenspolitik“ der deutschen Industrie. Sie verlangen von der Reichsregierung ernstliche, wirksame und schnelle Maßnahmen gegen die allgemeine Not der breiten Massen. Insbesondere fordern sie, daß sofort die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, 1. damit die Renten, insbesondere die Unterhaltungen für die Erwerbslosen, und die Löhne und Ge-

hälter an die Geldentwertung voll angepaßt werden, 2. damit die völlige Entwertung der Besitztümern durch Anpassung an die Geldveränderungen verhindert wird; 3. damit der weitere Sturz der Mark aufgehalten wird. Die Anwesenden erklärten, daß sie sich für den Ruf der Sozialdemokratischen Partei bereit halten. Sie werden jeder sinnlosen Einzelaktion entgegenzutreten; aber sie werden ihre ganze Kraft aufwenden für den sofortigen Schutz jeder ehrlichen Arbeit, gegen weitere Verelendung und Kampf den absolutistischen Geblütern des Kapitals.

Reichstagsabgeordneter Bericht.

Als Nachfolger des verstorbenen Zentrumsabgeordneten Busch rückt der Handlungsgehilfe Gerig in den Reichstag ein. Abnehmer ist der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband durch drei führende Mitglieder im Reichsparlament vertreten und zwar durch je einen Abgeordneten in den D. N. B. V., der D. N. B. V. und dem Zentrum.

Turnen, Spiel und Sport.

Zv. 2. 99 - Sportverein 98 Halle (Ziga) 0:3 (0:3). (Eigene Berichterstattung.)

Es war sehr, sehr schade, daß das Galtspiel der Hallischen 98er beim Gaumeister gestern Abend auf dem 99er Platz von händigen Regen begleitet war. Abgesehen davon, daß das Spiel eine größere Zuschauerzahl verdient hätte, stiftet naturgemäß die Verluste beider Mannschaften sehr stark unter den glatten Bodenverhältnissen, die im Lauf des Spieles immer unzuträglicher wurden und manche technische Feinheit in den beiderseitigen Leistungen ersetzte. Trotz dieser unglücklichen Umstände war das hohe Können der Gäste unverkennbar; sie waren ganz besonders im taktischen Aufbau des Spieles den Heiligen überlegen, die drei Ersatzleute (für Torwart Wiesner, Brödel und Grauert) merkte man in ihren ausgleichenden Reiben nicht. Der Sportverein, der ebenfalls zwei Spieler (Dr. Rütze und Baum) erlitten mußte, sehr sich gegen den schweren Gegner erst allmählich durch; es bedurfte erst einen Sitz-finden innerhalb der heiligen Reiben gegen die technische Kombinationsspiele des Gegners, um bis dies geschah, hatte 98 in richtiger Einschätzung der Lage seinen Sieg bereits sicher gestellt. In gleichmäßigen Abständen fielen innerhalb der ersten halben Stunde drei Tore für Halle, von denen das zweite bei normalen Bodenverhältnissen nie hätte fallen können. Dann hielt der Pfingstlicher den Kampf durchaus offen, in der letzten Viertelstunde hatte er sogar offensichtlich mehr vom Spiel, und die energischen Bemühungen, das - zweifelslos verdiente - Ehrentor zu erkämpfen, erforderten von der gänerischen Hintermannschaft den Einsatz aller Kräfte. Besonders zeichnete sich hierbei der technisch glänzende rechte Flügel-Kämpfer (repräsentativ f. Mitteldeutschland) und Kleinmann als linker Verteidiger aus. Stopp im Tor hielt die infolge der Massengänge allerdings nicht so scharfen Torhölzer sehr sicher, so daß es beim Halbzeitresultat 3:0 bis zum Abbruch des einmündigen Unparteiischen 98er-Spiels blieb. Der Kampf war heillos fair und hinterließ trotz der unglücklichen äußeren Umstände einen guten Eindruck dank mancher technisch schönen Kampfschöpfung. Der Gaumeister wird zweifelslos von dem großen Gegend gelernt haben; man sah, daß die Hallenser in verschiedenen Punkten den Heiligen über waren, und wenn daraus der Sportverein 99 Lehren für die kommenden Spiele (am nächsten Sonntag Sportfreunde Halle (Ziga)) gezogen hat, dürfte der Zweck des Spieles voll erreicht sein.